BESCHLUSS (VORLÄUFIG)

B – Was Gerechtigkeit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	25.11.2023
Tagesordnungspunkt:	EP-G Was Gerechtigkeit schützt

Antragstext

Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie, Krieg und zunehmende Wetterextreme haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Viele Menschen mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhafte Einschnitte hinnehmen. Für viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene Lebenshaltungskosten für akute, bisweilen gar existenzielle Nöte.

Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist, wenn wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.

Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt. Europa bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von Millionen von Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die Menschen in Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen können, der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.

Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten Wohlstand ermöglichen. Ein Wohlstand, der insbesondere insbesondere bei denen ankommen muss, die ihn erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und schaffen gute Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand in Hand und bedingen einander.

Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz jeder und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es achtet die Würde von Renter*innen und Erwerbslosen. Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger und inklusiver Gesundheitsversorgung. Es sorgt dafür, dass Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass Familien und alte Menschen besser abgesichert sind, Kinder eine gute Zukunft haben und ältere Menschen aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Es ermöglicht jungen Menschen, neue Erfahrungen zu machen.

Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union, die sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in Würde und Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem Auskommen
ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird. Dafür wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen dafür verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union leben und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und starke Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der EU, egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur die wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion für alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung wirksam vor.

Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und vor Ort einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität sprechen, dann geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung eines europäischen Sozialmodells, das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der demografische Wandel die Arbeitswelt verändern.

In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen Politik. Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen rechtsverbindliche und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der Sozialstaat institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen, das solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte Europa ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in der Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair bezahlter Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die Gleichstellung von Frauen, die Inklusion, den Zusammenhalt zwischen den Generationen, Familien, den Schutz der Rechte des Kindes und die Einhaltung der Menschenrechte. So ist es im Gründungsprozess der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses Europa wollen wir sein.

1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit

Faire Löhne erreichen

Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen Mitsprache gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Zu viele Menschen in Europa haben in den letzten Jahren unter spürbaren Reallohnverlusten und steigenden Lebenshaltungskosten gelitten. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und seinen Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen. Das stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute Arbeit.

Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in Europa künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf unsere Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach klaren Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir wollen, dass die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU Empfehlung den
Mindestlohn an 60% des Medianlohns zu koppeln verbindlich gemacht wird. So würde der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten spürbar steigen und auch

in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bieten. Darüber hinaus soll mit der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan vorlegen. Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in der Mitte der Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von Tarifverträgen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die Mindestlohnrichtlinie in allen Mitgliedstaaten tatsächlich greift, muss ein wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret gegen Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer lohnt und eine Absicherung im Rentenalter gewährleistet ist.

Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend ausbauen. Dafür

wollen wir zum einen die Europäischen Betriebsräte stärken, indem wir an der Seite der Gewerkschaften die EU-Kommission auffordern, endlich die bestehende Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten zu überarbeiten und Ausnahmeregeln zu beenden. Die Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische Betriebsräte wollen wir verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch Franchise-Unternehmen in die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine stärkere Vertretung von Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen Betriebsräten ein.

Zum anderen setzten wir uns dafür ein, das Beteiligungsgesetz für die Societas Europaea (SEBG) in Hinblick auf die Vertretung von Arbeitnehmer*innen im Aufsichtsrat zu prüfen. Insbesondere das "Vorher-Nachher-Prinzip" nehmen wir dabei in den Blick: Bei der Umwandlung

eines Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft darf es nicht mehr zum Einfrieren des bestehenden Mitbestimmungsniveau kommen.

Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Arbeitnehmer*innen ein, die auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen abgestimmt ist.

Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer sich rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz der Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen. So stärken wir auch die Selbstbestimmung und das Potential älterer Arbeitnehmer*innen. Zudem setzen wir uns für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung und einen inklusiven Arbeitsmarkt ein.

Europaweit haben noch zu viele Menschen unfreiwillig keine Arbeit. Zur Stabilisierung des Arbeitsmarkts und der Wirschaft stärken wir das Recht auf Arbeit auch durch staatliche Unterstützungsangebote und Investitionen. Insbesonderen in den Strukturwandelregionen setzten wir uns für eine gleichwertige Anschlussbeschäftigung für Beschäftigte innerhalb der Region ein. Der Wandel dieser Regionen wird nur mit verlässlichen Angeboten zur Weiterbildung und Vermittlung gelingen.

Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken

Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen entstehen neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird flexibler, beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Diese Veränderung darf sich nicht nachteilig zur Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt auswirken. Ausbeutung darf auch in der digitalen Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein. Die Zusammenarbeit im digitalen Arbeitsmarkt, beispielsweise in der Content Moderation, soll koloniale Kontinuitäten nicht neu verfestigen.

EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste anbieten und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Diese Unternehmen profitieren vom Modell der Scheinselbstständigkeit, das in der EU weit verbeitet ist. Die EU-Kommission schätzt, dass 4 Millionen der Arbeitnehmer*innen in Plattformunternehmen Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen Gesetzgebung zu Arbeitsbedingungen auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbstständigkeiten, die zu schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen, europaweit einen Riegel vorzuschieben. Faire Arbeitsbedingungen sollen auch in der Gig Economy gelten. Es braucht zudem bessere Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir unter anderem Arbeitsinspektionen stärken.

Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir beenden. Um die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen wir uns für eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

Die Fortschritte in der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz bieten für Arbeitnehmer*innen große Potenziale. Wir wollen diese für die Gestaltung guter Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen nutzen, so können sie als Assistenzsysteme die Arbeitsbelastung reduzieren. Die breite Beteiligung der Belegschaften ist ein zentraler Faktor für die Akzeptanz und eine gelungene Einführung solcher Systeme. Den Sorgen von Arbeitnehmer*innen um Arbeitsplatzverluste tragen wir Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen ihren Arbeitnehmer*innen frühzeitig anbieten, sich über Fort- und Weiterbildung auf diese Entwicklung vorbereiten zu können. So erhalten sie Sicherheit und die Möglichkeit den Wandel mitzugestalten.

Freizügigkeit einfacher machen

Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein Grundprinzip der EU. Das eröffnet enorme Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Es stellt Arbeitnehmer*innen zuweilen auch vor neue Herausforderungen, für die es europäische Antworten zu finden gilt.Damit das Modell des grenzüberschreitenden Leben und Arbeiten für die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU Sozialversicherungsansprüche, die sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir wollen deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen, um soziale Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und die bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen. Das möchten wir erreichen, indem wir den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Sozialversicherungssystemen unbürokratisch sicherstellen und dafür die Vorteile der Digitalisierung nutzen.

Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Ältere oder Menschen mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit von Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung entbürokratisieren.
Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern und einen

wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum Alltag und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer*innen geschätzt. Diese Entwicklungen unterstützen wir in ihrem Sinne dort wo es praktikabel ist. Wir wollen, dass auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern prinzipiell auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im Homeoffice zu arbeiten.

Ausbeutung bekämpfen

Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus Österreich in Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien: Unionsbürger*innen und Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und Ausbeutung, wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, der 24-Stunden Pflege, bei Lkw-Fernfahrer*innen, bei Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor Augen. Wir sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Beschäftigte dieser Branchen leben und arbeiten oft an mehr als einem Ort in der Europäischen union. Damit leisten sie einen substantiellen Beitrag zu einem funktionierenden Binnenmarkt und zur Aufrechterhaltung unserer Sozialsysteme, sind dabei aber zusätzlichen Risiken ausgesetzt. Wir wollen europäische Hebel gegen Scheinselbstständigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping in diesen Bereichen nutzen. Ein wirksames Mittel können zudem regelmäßig stattfindende Arbeitsinspektionen sein, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie Schulungen in europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden Angelegenheiten verbessern sollten. Der Schutz der Beschäftigten soll dabei an erster Stelle stehen.
Auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Dazu gehören auch passende Angebote zur Beratung und Teilhabe. Das Mandat der ELA sollte auf Drittstaatsangehörigkeit ausgeweitet werden. Wir begrüßen die stärkere Zusammenarbeit zwicshen der ELA und den Gewerkschaften. Sie sollte zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von Subunternehmen zu unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern. Immer wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in überfüllten Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete, die direkt vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen wir deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich Betroffene einfach und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren Durchsetzung Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die

Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in der Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische Zahlungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen in der Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität muss nun effektiv umgesetzt werden.

Kinderarmut abbauen

Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das entspricht fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur sehr eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen Mangel im Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu einer gut ausgebauten Betreuung und sozialen Infrastruktur haben. Ihre Zukunft und die Förderung ihrer Potentiale entscheiden über unsere Zukunft als Gesellschaft.
Die Europäische Kindergarantie soll sicherstellen, dass jedes von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohte Kind in Europa Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung, frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, angemessenem Wohnraum und gesunder Ernährung hat. Dabei geht es besonders um die Kinder, die heute schlechte Chancen haben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Kindergarantie europaweit mit konkreten Maßnahmen realisiert wird.

Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die Zivilgesellschaft sowie Kinder und Jugendliche aktiv ein.

Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf unsere Initiative in Deutschland ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Sie ist ein notwendiger Schritt dahin, dass es armutsgefährdeten Kindern besser geht, Armut nicht mehr versteckt wird und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre Kinder abgesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wandel weg von einer Holschuld der Eltern, hin zu einer Bringschuld des Staates europaweit Einzug hält. Um stärker voneinander zu lernen, fördern wir den europaweiten Austausch darüber, wie Familien besser unterstützt und ein gutes Aufwachsen aller Kinder in Europa sichergestellt werden kann.

Kinderrechte stärken

Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen unseres besonderen Schutzes und unserer Fürsorge. Das Kindeswohl ist bei allen Angelegenheiten, die Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz der Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung liegen. Die EU-Kinderrechtsstrategie wollen wir weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Wir wollen europäische Forschungs- und Praxisprojekte im Bereich des Kinderschutzes und der Kinderrechte fördern, um nationale

Erfahrungen, Praktiken und Modelle für die Weiterentwicklung des Kinderschutzes überall nutzbar zu machen.

Soziale Mindeststandards verankern

Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche Mindeststandards.

Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme zu
einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

Soziale Sicherung krisenfest machen

Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge gegen wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre aus den Krisen der letzten Jahre sein. Die gerechte Beteiligung aller Bürger*innen leitet dazu einen wichtigen Beitrag. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht werden und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen. Krisenbedingte

Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber überfordert viele Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit dem europäischen Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der Coronapandemie finanzielle Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz von Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im Jahr 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf dieser Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten ein dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen – und damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen Ausnahmesituationen durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.

Junge Erwachsene brauchen in Zeiten multipler Krisen Perspektiven, die Mut machen und ein System, das sie im Notfall auffängt. Daher nehmen wir die europäische Jugendarbeitslosigkeit weiter in den Blick. Die europäische Jugendgarantie ist ein Weg um jungen Menschen berufliche Perspektiven zu eröffnen und als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir begrüßen die Stärkung im Rahmen der Coronapandemie und setzen uns weiter für eine Verstetigung ein. Insbesondere die Standards der Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote wollen wir weiterentwickeln. Mit guter Beratung und Qualifizierung bekommt jeder junge Erwachsene in Europa die Chance einen Beruf zu erlernen.

Wohnen bezahlbar machen

Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Für uns ist Wohnen ein Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge abgesichert sein. Wir wollen gesicherte Wohnverhältnisse für alle Menschen. Besonders in den Städten ist bezahlbarer Wohnraum knapp,
vielerorts steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten Mieter*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und Unsicherheit. In den europäischen Großstädten wird besonders viel Wohnfläche für Kurzzeitvermietung beansprucht und so dem Mietmarkt entzogen. Steigende Mieten dürfen soziale Ungleichheit und

Armutsriskien, beispielsweise für ältere Menschen, nicht weiter verschärfen. Wir wollen, beispielsweise mit Sanierungen im Bestand und Innenverdichtung, nachhaltigem Bauen, einer Fachkräfteoffensive und verbesserten Investitionen über die Europäische Investitionsbank (EIB), schnell mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen. Mit zusätzlichem barrierefreien und behindertengerechtem Wohnraum bekämpfen wir die Wohnungsnot.
Investor*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien und wertvollen Baugrund aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die Höhe. Die europaweite Konzentration auf wenige Investor*innen auf dem Wohnungsmarkt schadet dem
Wettbewerb und den Menschen. Wir setzen uns für transparente Geschäftspraktiken ein. Wir stellen die bestehenden europäischen Regelungen auf den Prüfstand, um Mieter*innen in den Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen und die Qualität unseres Wohnraums

zu sichern. Dazu gehört auch der Schutz von Haushalten vor Indexmietverträgen. Vor dem Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten wollen wir bestehende Indexmieten deckeln und neue beschränken.

Wir wollen die Bodenwende in Europa einleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die knappe Ressource Boden in der EU vor Spekulationen geschützt wird. Wir begrüßen langfristige Miet- und Pachtmodelle durch die öffentliche Hand, statt kurzfristiger Verkäufe. den Boden- und Immobilienmarkt wollen wir stärker in das EU-Wettbewerbsrecht integrieren. Die Bewertung von

Immobilien und Grund und Boden wollen wir europaweit gemeinwohlorientiert gestalten. Dafür wollen wir auch eine Änderung internationaler Rechnungslegungsstandards angehen, damit auch
branchenübergreifend eine Integration von CO2 sowie weiterer sozial-ökologischer Werte in die Finanzbewertung mit aufgenommen werden kann.

Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den extremsten Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins Leben gerufen. Deren Maßnahmen wollen wir schnell umsetzen. Der Dialog zwischen den Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden.,Dabei soll die Möglichkeit voneinander zu lernen und bewährte Konzepte wie Housing First oder Soziale Wohnraumagenturen flächendeckend
zu adaptieren, gestärkt werden. Wir setzen uns im Sinne der betroffenen Menschen für

effektivere Prävention, ausreichend Wohnraum sowie individuellere, menschenwürdigere und unbürokratischere Angebote ein. Diese sollen auch Menschen mit psychischen Krankheiten und Suchterkankungen besser versorgen. Die europäischen Fördermittel für entsprechende Vorhaben
und Projekte wollen wir ausweiten .

2. Starke Regionen

Kommunen stärken

Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und Kommunen. Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke Kommunen
florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der kommunalen Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip – also Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken und die Handlungsfähigkeit vor Ort durch ausreichende Ressourcen sichern.

Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben der Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das Ehrenamt

gepflegt, hier kommen in Menschen in Kinos, Restaurants, Parks oder Sportstätten zusammen. Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit einer funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und Arbeitnehmer*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen oder in ihrer kommunalen Planungshoheit beschränkt werden. Es braucht deshalb ein gutes Vergabe- und Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und dabei die Entscheidungen der öffentlichen Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit und ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige regionale Angebote zu entscheiden. So können Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken. Außerdem soll es ihnen möglich bleiben, die räumliche Nutzung zu steuern und zu begrenzen, um eine wohnungsnahe Versorgung zu gewährleisten. Indem wir in der EU die Rekommunalisierung vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue Entscheidungsspielräume vor Ort und eine zuverlässige Daseinsvorsorge. Wir unterstützten die Kommunen weiter dabei, diesen Weg zu gehen. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume verteidigt und ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der Bürgerinitiative Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus der
Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft
brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen wir den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie die Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Konnektivität (INTERREG-Programme) stärken die Kommunen und Regionen, genauso wie Wissenstransfer- und Netzwerkprogramme (z.B.Climate ADAPT). Diese Programme wollen wir stärken. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und Eurodistrikte) soll entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen, der Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung maßgeblich und nah
am Alltag der Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.
Wir setzen uns dafür ein, den Alltag von Grenzpendler*innen und binationalen Familien durch Bürokratieabbau und Harmonisierung von Behördendienstleistungen und -prozessen zu vereinfachen.

Zusammenhalt vor Ort fördern

Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: anhand konkreter Projekte in den europäischen Regionen. Dort liegt wichtige Expertise zur Gestaltung des Wandels vor Ort. Eine effiziente Förderpolitik in der EU bezieht die Menschen vor Ort mit ein und ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in
seiner Größe an den Herausforderungen orientieren.

Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen Mitgliedstaaten. Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und

ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen, um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.

Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen Menschen und Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU mit einer besseren Förderung von strukturschwache Regionen entgegenwirken. So stärken wir die Gestalter*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für die Regionen.

Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig Effizienz und Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel an Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische Sozialfonds (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche Gründer*innen, Angestellte und Arbeitsuchende beraten, unterstützt und lebenslang weiter

gebildet. Die Förderung langfristiger Projekte soll nicht durch Verzögerungen in den Beratungen der EU aufgehalten werden. Wir statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln aus, um über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik und verstärkt soziale Teilhabe zu fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Mittelverwaltung vereinfacht wird, die Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für eine gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen wahrzunehmen, werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.

Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln. Die Programme sind jedoch oftmals nicht ausreichend in der Breite bekannt und die Beantragung der Mittel und die Umsetzung der Förderungen sind oft zu kompliziert. Das reduziert die Zahl der Anträge und manche guten Projekte und Ideen werden nicht verwirklicht. Das ändern wir, indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen, die Bekanntheit zu steigern und die Umsetzung von Projekten zu beschleunigen. Zur Vereinfachung der Strukturen prüfen wir das derzeitige System von Einzelfonds. Um bürokratische Hürden abzubauen, wollen wir unter anderem mehr Pauschalen und Fördermöglichkeiten einführen, die ehrenamtliche Antragsteller*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung befreien. Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der Zivilgesellschaft vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft gegenseitiges Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche Beratungen oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein. Digitale und hybride Formate sollen dabei eine familiengerechte Teilnahme ermöglichen. So sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

Chancen in ländlichen Räumen nutzen

Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung ist für uns ein zenrales Ziel. Sie entscheidet erheblich über den Zusammenhalt in der EU. Die Verkehrswende kann die ländlichen Räume näher zusammenbringen.
Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell gestärkte Kommunen schaffen. Coworking-Spaces können Ortskerne wiederbleben. Auch die ländlich geprägten Außenbezirke der
Städte nehmen wir mit ihrem erheblichen Entwicklungspotential in den Blick. Die Menschen vor Ort sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine verlässliche Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir wollen die

Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale Einrichtungen
unterstützen, die beispielsweise generationenübergreifende Projekte mit Jugendlichen und älteren Menschen durchführen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie LEADER zur Unterstützung ländlicher Regionen und den Multifondsansatz in der Strukturpolitik weiter stärken. Die Förderung des ländlichen Raums über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) soll mit den sogenannten Kohäsionsmitteln besser

verzahnt und ausgebaut werden und so besser zur Strukturentwicklung der ländlichen Räume beitragen.

Energie wird wieder zunehmend auf dem Land erzeugt, das schafft hier zusätzliche Wertschöpfung. Dazu soll sie dezentral ins Stromnetz eingespeist und genutzt werden. Die notwendigen Flächen wollen wir sichern, aber den Flächenverbrauch dabei minimieren und konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-Anlagen, Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten Flächen. Den Ausbau der Erneuerbaren werden wir weiterhin vorantreiben und die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft durch den gezielten Einsatz von Förderungen so unterstützen, dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Regionale landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten und naturnahe Waldbewirtschaftung sind auch weiterhin wichtige Wirtschaftsfaktoren und prägend für diese Räume.

Vergaberecht modernisieren

Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des Green Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere Zukunft, auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen Kriterien ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für eine gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am Menschen ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die europäische Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen Arbeitsmarkt: Es entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs werden. Ein starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer*innen in ganz Europa.

Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollen in der EU konsequent nachhaltig und gemeinwohlorientiert erfolgen. Daher wollen wir die Richtlinie für öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlkriterien ausrichten. Das begünstigt auch die Vergabe an kleine und mittelständische Unternehmen und stärkt so die regionale Wertschöpfung.

Ein intakter öffentlicher Raum und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir möchten dass die EU Maßnahmen ergreift, damit
Aufgaben nicht nur ausgeschrieben, sondern auch vergeben werden können. Transparenz, Entbürokratisierung, Digitalisierung, Beschleunigung und unkomplizierte Verfahren bleiben unsere Leitlinien. Notwendige Investitionen sollen nicht über Gebühr hinausgezögert werden. Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher Aufträge bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik minimiert. Die

einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und lokale Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgen dabei für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird so zum Wettbewerb um die besten Konditionen.

3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung

Gesundheitskrisen europäisch bewältigen

Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt und fördert.

Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für unsere Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zustande gekommen
ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen und Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei Grenzschließungen Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen abgefedert. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu bewältigen.

Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Die EU hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu ergänzen. Sie kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen wir uns dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale Gesundheitsinitiativen politisch, finanziell und personell zu stärken, die Innovationskraft der europäischen Gesundheitsforschung stärker zu fördern sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren Medikamenten und Gesundheitsdienstleistungen für alle Menschen zu verbessern.

Das ist eine Frage der Solidarität, denn Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig am stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien,
Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht verhindern. Wo freiwillige Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir in Gesundheitskrisen und Pandemiesituationen Anträge auf Erteilung von verpflichtenden Lizenzen gegen Entschädigungen
für diese Güter und bringen uns in diesen Kontexten bei der WTO für temporäre Aussetzungen von Patenten ein.

Unser Ziel ist, dass alle EU-Bürger*innen krankenversichert sind. Daher wollen wir eine bessere Koordination sozialer Sicherungssysteme in Europa einschließlich direkter Abrechnungsmöglichkeiten zwischen den Krankenversicherungsträgern.

Prävention stärken
Wir stellen Prävention und Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt unserer Gesundheitspolitik. Denn so können wir verhindern, dass Krankheiten überhaupt erst

entstehen. Gute Strukturen der Vorsorge, bessere Aufklärung über Krankheitsrisiken und ein gesunder Lebensstil sind wichtige Bausteine für mehr Lebensqualität und eine höhere Lebenserwartung. So können wir auch Krankheiten, wie Adipositas, Diabetes mellitus und Herz-Kreislauf-Erkrankungen vorbeugen. Um es für die Verbraucher*innen leichter zu machen, sich gesund zu ernähren, wollen wir für verlässliche Informationen über Inhaltsstoffe in Lebensmitteln sorgen. Wir wollen die Entstehung von tabak- und alkoholassoziierten Krankheiten bestmöglich verhindern. Dafür braucht es stärkere Bemühungen zur Reduzierung riskanter Formen des Alkoholkonsums und des Tabakgebrauches etwa durch eine Reduzierung des Nikotingehalts in Tabak- und Nikotinprodukten. Wir bekennen uns zu den Zielen des Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung. Demzufolge soll unter anderem der Anteil der Raucher*innen an der EU-Gesamtbevölkerung bis 2040 unter 5% fallen. Lücken, die bei Werbung z.B. auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings, noch bestehen, sind jetzt EU-weit zu schließen. Der Jugendschutz gebietet es auch, für Alkohol, Glücksspiel sowie Sportwetten Werbeeinschränkungen voranzutreiben.
Um künftigen Gesundheitskrisen besser begegnen zu können, wollen wir neben der Erforschung von Krankheitsursachen und neuen Behandlungsmethoden auch die präventive Gesundheitsforschung stärken.

Die EU soll darauf hinwirken, die globale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln zu vertiefen.

Lehren aus der Pandemie ziehen

Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten Zeichen der Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den Folgen einer Covid-19-Infektion (Long-/Post-Covid) und etliche an den deutlich seltener auftretenden Folgen einer Covid-19-Impfung (Post-Vac). Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene die Forschung zu Infektionskrankheiten, wie Covid-19 und deren Folgekrankheiten (z. B. Herzmuskelentzündungen oder ME/CFS) intensivieren und Forschungsgelder dafür zur Verfügung stellen. Zudem braucht es dazu mehr europäischen Austausch, beispielsweise durch ein EU-Sachverständigennetzwerk. Prävention steht im Zentrum unseres Handelns. Insbesondere für Menschen mir Erkrankungen und für Schattenfamilien ist das ein wichtiger Baustein zur gleichberechtigten gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehört auch, dass gesunde Luft in Innenräumen eine Selbstverständlichkeit wird.

Pandemien treffen nicht alle gleich. Einkommensarme Menschen und prekär Beschäftigte sowie Menschen in großen Einrichtungen sind deutlich häufiger von Covid-19 betroffen. Diese Gruppen müssen bei der nächsten Pandemie verstärkt in den Blick genommen werden.

Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer sogenannten Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde. Damit unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit nicht isoliert

betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der Tiergesundheit steht. Deshalb sind der Planetary-Health und der One-Health-Ansatz Leitbilder für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für Tiere und Natur sowie eine Reduzierung industriell gehaltener Tierbestände helfen im Kampf gegen Zoonosen; weniger Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und weniger Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

Wir brauchen insbesondere ein wirksames europäisches Frühwarnsystem gegen Pandemien, um gefährliche Erreger frühzeitig erkennen zu können und Informationen darüber transparent zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Pandemie-Szenarien regelmäßig zu üben, vor allem damit der rasche Aufbau einer Krisen- und Notfallorganisation gewährleistet ist.

Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen

Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig, konfliktreich und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen sind. Diese Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen jungen Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Wir setzen uns dafür ein, dass die seelische Gesundheit die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird und Betroffene nicht länger unter der Stigmatisierung leiden müssen. Das wollen wir auch mit Unterstützung aus Europa erreichen. Wir setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als auch dafür, die bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und Erkrankungen besser zu behandeln. Um die Patientensicherheit zu gewährleisten, braucht es europaweit vergleichbare gesetzliche Regelungen und geschützte Berufsbezeichnungen zum Beispiel für Künstlerische Therapien. Die Forschung zu kreativen Therapieansätzen unterstützen wir.

Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und wollen zusammen mit den Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln, , auch um eine gemeindenahe, menschenrechtsbasierte Versorgung weiter zu stärken, die Versorgungssicherheit zu erhöhen und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Da die Ursachen für mentale Gesundheitsprobleme vielfältig sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen relevanten Politikfeldern mitgedacht werden. Das gilt auch für die Auswirkungen von psychischen Erkrankungen und Neurodiversität**.** Dafür braucht es ein größeres Problembewusstsein in der EU und ihren Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für psychische Gesundheit und setzen uns für eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung ein.

Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen häufig ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die Pandemie hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns mit unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Inklusion, Teilhabe und Integration ein.

Arzneimittelversorgung sicherstellen

Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens: alternde Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren Wirkstoffen zu stark von Herstellern mit unzuverlässigen Lieferketten abhängig ist – und damit häufig auch eine Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und schlechten Umweltstandards in Kauf nimmt. Dabei leiden vulnerable Gruppen besonders unter Arzneimittelknappheit.

Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die EU-Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen die Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu machen sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser vorzubeugen und diese
früher zu melden. Auch Apotheken tragen zu einer verlässlichen Arzneimittelversorgung bei.

Um Unternehmen zu ermutigen, neue Arzneimittel, Wirkstoffe und Medizinprodukte in Europa zu

entwickeln und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch krisenfeste Lieferketten zuverlässig verfügbar sein. Hierzu kann die teilweise Rückverlagerung von Produktion nach Europa einen Beitrag leisten. Zweitens müssen für bislang vernachlässigte Krankheitsbilder und angesichts der Entstehung von Therapie-Resistenzen neue Anreize für die Entwicklung medizinischer Innovationen geschaffen werden, das schließt insbesondere neue Finanzierungsmodelle wie angepasste Vergütungsmodelle für Reserve-Antibiotika ein. Die Anreize für Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen nicht die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für geschlechtersensible Forschung und Medizin ein, damit Wissenslücken über die geschlechtsspezifischen Unterschiede

bei Diagnose und Behandlung geschlossen und berücksichtigt werden. Ebenfalls sollen Studien im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin intensiviert werden, um sicherzustellen, dass der Zugang zu sicheren und wirksamen Arzneimitteln verbessert wird. Zugleich muss insbesondere bei Studien zu neuen Arzneimitteln und Behandlungsmethoden die Vielfalt der Menschen stärker
berücksichtigt werden.

Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung eingesetzt werden, muss das in der Regel mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die Preisgestaltung einhergehen. Außerdem sollten öffentlich unterstützte Entwicklungsprojekte dafür Sorge tragen, dass resultierende Arzneimittel in Ländern des Globalen Südens ausreichend zugänglich gemacht werden.

Gesundheitsdaten sicher nutzen

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten können besser diagnostiziert, Krankheitsursachen erforscht, unnötige Untersuchungen vermieden und die Behandlung von Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen und Krankenhäusern grenzüberschreitend in ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb europaweit
den Zugang zu digitalen Patient*innen-Akten ermöglichen.

Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz umfassende IT-Sicherheit und einen persönlichen Zugang zu den Daten, die über sie gespeichert sind, die Rechte der Patient*innen stärken. Das ist grundlegend für das Vertrauen der Menschen in die Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Dabei können eine grundsätzliche Transparenz bei der Datenverwaltung und technische Lösungen wie ein digitaler Einwilligungsassistent unterstützen. Denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den sensibelsten und persönlichsten Daten überhaupt.
Um das Innovationspotential für eine bessere Gesundheitsversorgung zu heben und gleichzeitig

keine Daten gegen den Willen der Patient*innen weiterzugeben, setzen wir bei pseudonymisierten Gesundheitsdaten auf die Möglichkeit des Widerspruchs (Opt-Out) und den Fokus auf gute Datenqualität. Damit wollen wir die Datenverfügbarkeit für gemeinwohldienliche Forschung erhöhen und öffentlichen Stellen in Notsituationen bessere Einschätzungsmöglichkeiten an die Hand geben. Dies stellt einen wichtigen Paradigmenwechsel

in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu größeren Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die Versorgung der
Patient*innen verbessern. Eine Rückverfolgbarkeit der Daten soll so weit wie möglich ausgeschlossen und Verstöße dagegen strafrechtlich verfolgt werden. Umfassender Schutz vor Diskriminierung für alle und besonders die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen umfassend

berücksichtigt werden.

Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen sind einheitliche Datenformate und Schnittstellen, um eine Zusammenführung von Daten und eine grenzüberschreitende Nutzung in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die Entwicklung und verpflichtende Nutzung von international gebräuchlichen Datenstandards und interoperablen Schnittstellen durch die Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

Antibiotikaresistenzen eindämmen

Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren. Durch einen
verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und Verbreitung multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen Immunsystemen

wie
Älteren, Kindern oder Menschen mit Vorerkrankungen führen sie jedes Jahr zu Hunderttausenden
Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika und hochpotente Desinfektionsmittel nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht bzw. wo sie jeweils geeignet sind.
nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht. Wir wollen den umsichtigen Einsatz von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin stärken und die Forschung fördern. Zudem sollten schnelle Diagnosetests, die vor einer Verschreibung überprüfen, ob die Behandlung mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten bleiben und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den entsprechenden Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen Produkten beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch Maßnahmen für bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von Antibiotikarückständen in die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

Eine gute Pflege sicherstellen

Ein starkes öffentliches und diskriminierungsfreies Gesundheitswesen und eine bedarfsgerechte Pflege und Assistenz für ältere, kranke und behinderte Menschen sind unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu fördern. Der Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die berufliche Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen innerhalb der EU
und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen Branchen ein. Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen, insbesondere in Wohn- und Pflegeformen, die ein selbstbestimmtes Leben im Quartier und Lebensumfeld ermöglichen, Pflegeangebote sowie in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Diese müssen attraktiver ausgestaltet und durchlässiger in der beruflichen Weiterentwicklung werden. Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein Wissens- und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern wir eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.
Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine große gesamteuropäische Aufgabe. Es wird
in den nächsten Jahrzehnten eine weitere Zunahme an pflegebedürftige und an Demenz erkrankte

Menschen geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes und aktives Leben zu ermöglichen.

Um mehr Innovationen im Bereich Pflege und Teilhabe voranzutreiben, wollen wir den europäischen Austausch über neue Ansätze stärken, beispielsweise zu inklusiven Wohn- und Pflegeformen, quartiersorientierter Unterstützung und persönlicher Assistenz. Auch pflegende Angehörige und Nahestehende wollen wir besser unterstützen und entlasten. Deshalb setzen wir
uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass pflegende Angehörige, in der Mehrzahl sind es Frauen, gut sozial abgesichert sind und nicht aufgrund von Pflegaufgaben in die Altersarmut geraten. Ihre in der Pflege erworbenen Fähigkeiten sollen anerkannt werden und der Zugang zu Weiterbildungsangeboten gefördert werden. Die Vorgaben aus der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir auch in der Pflege umsetzen

Cannabis europaweit legalisieren

Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit und Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem Drogenhandel effektiv bekämpft. Auch in Europa brachte der rein repressive Umgang mit Drogen
mehr Leid als Segen, tausende Drogentote und eine wichtige Einnahmequelle für die organisierte Kriminalität. Es braucht eine an der Wissenschaft und risikobasierten Betrachtung ausgerichtete Drogenpolitik. An verschiedenen Orten der Welt ist der Wechsel hin zu einem risikobasierten Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Mit der Regulierung von Cannabis setzen wir auf Vernunft statt Kriminalisierung. Wir streben eine europaweite Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.
Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im Umgang mit Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, so dass jedes Land selbst entscheiden kann. Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.

Die Zunahme problematischen Drogenkonsums, neuer und synthetischer Substanzen und die Folgen
sozialer Verelendung im öffentlichen Raum stellen eine große Herausforderung dar. Sie bergen Gefahren für Konsument*innen, stellen Behörden vor besondere Herausforderungen und erfordern
soziale Maßnahmen.
Wir müssen wirksamer gegen unsichtbare und sichtbare Abhängigkeitsproblematiken vorgehen.

Daher intensivieren wir, im Sinne des Gesundheitsschutzes, länderübergreifendes Zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir die gesundheitliche Versorgung von Abhängigen verbessern, eine Abkehr der Repression im Umgang mit Konsument*innen, die Stärkung sozialer

Hilfestrukturen und besseren Zugang zu Therapieplätzen ermöglichen. Auch die Forschung zum Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen, wollen wir in europäischen Forschungsverbünden weiter vorantreiben.

4. Bildung und Chancen

Europas Hochschulen besser vernetzen

Der Europäische Hochschulraum trägt dazu bei, die Hochschulausbildung in Europa vergleichbarer und international wettbewerbsfähiger zu machen und ist für die Förderung von akademischer Mobilität von unschätzbarem Wert. Europas Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil des Bildungssystems , ein Ort der Gestaltung der Zukunft, der kritischen Selbstreflexion der Gesellschaft und der sozialen sowie technologischen Innovationen. Wenn wir sie vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für den ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung und Stärkung von europäischen Hochschulnetzwerken eingesetzt.

Wir fördern Anwendungen von Künstlicher Intelligenz und Learning Analytics im Bereich Lehre und Bildung und wollen diese so gestalten, dass Lehrende, Studierende und Schüler*innen selbstbestimmt und souverän diese neuen Möglichkeiten anwenden können ohne beispielsweise in
digitalen Prüfungen automatisiert überwacht zu werden. Der Zugang zu diesen neuen Anwendungen muss sozial gerecht und diskriminierungsfrei gestaltet werden.

Im Sinne der Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European Degree) unterstützen wir
die Weiterentwicklung des „European Approach“ im Rahmen des Bologna-Prozesses, um die Anerkennung gemeinsamer Studiengänge („Joint Programmes“) und gemeinsamer Studienabschlüsse
(„Joint Degrees“) zu erleichtern und Anreize für die Internationalisierung von Studiengängen zu schaffen.

Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in Museen, Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue Horizonte. Viele dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende aus anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC) und dem digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

Berufsabschlüsse europaweit anerkennen

Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet viele neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir mit Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem Land in einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und Absolvent*innen, auch in der beruflichen Weiterbildung, müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals noch sehr bürokratische Prozedur durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss geringwertiger eingestuft, teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein, dass berufliche Ausbildungsabschlüsse und Bildungsabschlüsse im Rahmen des Europäischen

Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten, statt mühsam anerkannt werden zu müssen.

Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft kompliziert, langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders kontraproduktiv. Für eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis (EBA) in ihrem Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen lassen zu können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich erweitern. Wir wollen die Position der Bewerbenden verbessern indem europaweit vergleichbare Anerkennungsverfahren eingeführt und umfassender Orientierung und Unterstützung durch mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote angeboten werden.

Politische Bildung gegen Desinformation

Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel: Desinformationen, Fake News und Manipulation ihrer Verteilmechanismen, sowie vorsätzliches Stören und Überfluten digitaler Debattenräume. Sie operieren immer mehr grenzüberschreitend und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu unterminieren. Ihre Verschwörungsmythen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und europäisch koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur Verfügung stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen. Diese Europäische Zentrale für politische Bildung soll auch den Menschen in den EU-Beitrittskandidatenländern offen stehen.

Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse zielgruppengerecht erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und Aufklärung auch eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach klaren wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

Mit Erasmus Europa kennenlernen

Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU. Über Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und berufliche Austausch ermöglicht.

Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr Menschen diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub oder Austauschzeit im Ausland fehlt. Das bedeutet, dass wir die finanzielle Förderung für Auslandsaufenthalte stärken müssen. Wir setzen uns deshalb für einen Ausbau der

Erasmusmittel ein. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland zu gehen, und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu können, eine Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer*innen einführen, das es ihnen zum Beispiel ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos zum Wohnort und zurück zu fahren.

Um Auslandssemester leichter in den Ausbildungsplan zu integrieren, streben wir eine Harmonisierung der Semesterzeiten an.
Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote (z.B. Informationen zu nationalen Anlaufstellen für Assistenz) vor und während der Projektdurchführung ausbauen sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen und eine Abdeckung der Mehrkosten sicherstellen.

Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-Erfahrung entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen.

Wir wollen mit dem Vereinigten Königreich Wege finden, wie Menschen auf beiden Seiten nach dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.

Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das Programm noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele Möglichkeiten, neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit besseren Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen wir Erasmus+ für Auszubildende stärken.

Wir wollen durch Unterstützungsangebote für kleine Handwerksbertriebe möglichst vielen Auszubildenden die Teilnahme am Erasmus+ Programm ermöglichen.

Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit Blick auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür einsetzen,
die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

5. Europas Jugend

Jugend beteiligen

Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und europaweit

Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über

Erasmus+ aus. Insbesondere für junge Menschen in unseren östlichen Nachbarländern, wie Polen
oder Tschechien wollen wir Europa erlebbarer und erfahrbarer machen. Wir wollen die europäische Jugendarbeit stärken und dabei Osteuropa in den Fokus nehmen.

Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind derzeit im politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit wird.

Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell weiter stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen, dieser soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die Ergebnisse dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im Europäischen Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In der EU-Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen junger Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Dafür müssen bestehende Beteiligungsformate für junge Menschen sinnvoll miteinander verknüpft, strukturell abgesichert und ihre Anbindung an nationale Beteiligungsstrukturen sichergestellt werden.
Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

Freiwilligendienste ausbauen

Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der Zivilgesellschaft kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen Europäer*innen ist elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der Demokratieförderung, Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir für bessere Rahmenbedingungen wie eine wie eine angemessene Aufwandsentschädigung sorgen, damit
Engagement etwas ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der Demokratie und des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FEÖJ bzw. EYE - European Year for Ecology) ermöglichen wir jungen Menschen ab 18 Jahren den interkulturellen europäischen Austausch im Bereich des Naturschutzes und schaffen so die Möglichkeit sich für Europas Natur einzusetzen. Durch das FEÖJ wollen wir junge Menschen motiviern sich für Jobs im Klima- und Umweltbereich fit zu machen und zu qualifizieren.

Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die Erfahrungen, das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa fruchtbar machen: Viele von ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior*innen überall in der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten können.

Europa entdecken

Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal im Jahr werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann in einem bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können. Gemeinsam mit anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie vielfältig Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig noch ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse zu schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen Menschen aus weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass Gruppen aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

6. Für ein altersgerechtes Europa

Das Durchschnittsalter der Menschen in Europa ist das höchste aller Weltregionen, Tendenz steigend. Wir wollen, dass der demografische Wandel als Herausforderung und als Chance für uns alle betrachtet wird. Das Wissen, die Lebenserfahrung und die Aktivität der älteren Bürger*innen Europas können ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt der Gesellschaft sein. Das beweisen tausende ehrenamtlich engagierte Alte jeden Tag.
Ältere Menschen werden in vielen Lebenszusammenhängen diskriminiert oder ausgegrenzt, dies ist aber oft nicht sofort als solches erkennbar. Deshalb wollen wir ältere Menschen in ganz Europa besser vor Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Alltag schützen und Chancengleichheit herstellen. Barrierefreiheit in der Arbeitswelt und im öffentlichen Raum sind von Bedeutung.
Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Kommunen und Regionen in Europa dem globalen Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden „Age friendly cities and communities“ der Weltgesundheitsorganisation WHO beitreten. Altersfreundliche Städte und Gemeinden sind gleichzeitig kinder-, familien- und behindertengerecht.
Ziel des Netzwerks ist unter anderem Menschen zu ermöglichen in ihrem Lebensumfeld gesund, sicher und unabhängig zu altern. Auch Alten im hohen Alter und bei zunehmenden, altersbedingten Einschränkungen sollen in den eigenen vier Wänden bleiben können. Dazu gehören barrierefreie öffentliche Verkehrsnetze und Wohnungsbau sowie Hitzeschutzmaßnahmen für Ältere. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche Orte und Gelegenheiten ein, die so gestaltet sind, dass sich die Generationen im Alltag begegnen, interagieren und voneinander lernen können.

Um die Situation älterer Menschen international zu verbessern, werden wir uns für eine UN - Konvention für die Rechte Älterer Menschen einsetzen.

Jeder Mensch in Europa soll die Möglichkeit bekommen, jede andere europäische Sprache kostenlos und diskriminierungsfrei zu erlernen. Dafür wollen wir uns für die Schaffung einer „Europäischen Sprach-Lern-App“ einsetzen, mit der jede andere europäische Sprache erlernt werden kann. So stärken wir die europäische Identität.

7. Verbraucherschutz

Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen

Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken Bürger*innen.

Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen Binnenmarkt gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert Konsum, Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur Vorreiterin: Gebührenfreies Roaming, ein nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne Infrastruktur oder sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.

Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile Endgeräte, den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische Standard stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum digitaler Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose Ladetechnologien mit einschließen.

Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit, Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen bessere Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass relevante Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen. Ein kaputter Smartphoneakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine Neuanschaffung bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen verlängert sich mit dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte die Geldbeutel der Bürger*innen entlasten. Updatezyklen sowie auslaufende Update-Zeiträume müssen auf nachvollziehbaren und rationalen Kriterien beruhen. Es ist nicht im Sinne der Verbraucher*innen, wenn sie durch kurze Updatezeiträume gezwungen werden, neue Geräte zu kaufen. Dieser „geplanten Obsoleszenz“ im Hard- und Softwarebereich wollen wir einen Riegel vorschieben.

Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur Selbstverständlichkeit. Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen Gebrauchsgegenständen geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher Halb- oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um Sicherheit und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein Register für Nanopartikel.

Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der Verbraucher*innen gestalten, damit die Preisvorteile der erneuerbaren Energien in der Breite ankommen. Mit transparenten und möglichst geringen Infrastrukturkosten sowie der Entkopplung des Verbrauchspreises von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels, sowie intelligentem Lastmanagement bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei ihnen.
Wir schützen die Stromverbraucher*innen vor hohen Kosten, indem wir die Förderung von erneurbaren Energien durch eine Deckelung der Erlöse ergänzen. Wir stärken außerdem die Teilhabe von Verbraucher*innen durch die Ermöglichung zeitflexibler Stromtarife und vereinfachtes Prosuming. Dadurch gelingt die einfache Integration von beispielsweise Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Schutz von Konsument*innen im Bereich medizinischer Produkte und Hilfsmittel. Häufig wird die Notlage besonders verletzlicher Verbraucher*innen ausgenutzt. Wir wollen vor allem ältere Menschen, pflegende Angehörige und
Menschen mit Behinderungen vor ungeeigneten oder überteuerten Produkten schützen und ihnen
den Zugang zu individuell passenden Hilfsmitteln ermöglichen.

Zur Bekämpfung der Suchtmechanismen von Wetten, Glückspiel und Games im Internet, die Nutzer
zu immer mehr Geldeinsatz verführen wollen, werden wir Mechaniken mit Suchtpotential einfacher erkennbar machen und bei der Alterseinstufung europaweit einheitlich stärker berücksichtigen.

Fahrgastrechte garantieren

Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher nutzbar sein. Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden – ganz egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System Buchungsplattformen in die Lage versetzen, grenzübergreifend durchgängige Fahrkahrten anzubieten, die das Reisen mit dem Zug attraktiver machen und den Planungsaufwand erheblich senken. Den Bedürfnissen von Menschen
mit Berhinderung soll im Reiseverkehr besondere Bedeutung beigemessen werden.

Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die Entschädigung für Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75 Prozent nach 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Im Sinne des Rechts auf barrierefreie Mobilität setzen wir uns für Kostenübernahme für alternative Transportmöglichkeiten ein, wenn die zugesagte Barrierefreiheit nicht eingehalten wurde.

Darüber hinaus sollen die Rechte von Ünionsbürger*innen, insbesondere von Grenzgänger*innen,
auch bei regional unterschiedlichen Unternehmen gelten. Wir setzen uns für einheitliche Mindeststandards im Nah- und Regionalverkehr ein. Diese sollen auch für ermäßigte Tickets und unterbrochene Reiseketten gelten.

Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel ankommen. Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im Verbraucherschutz bei Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von Flugreisen.

Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die Verordnung aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information der Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. Hinweise auf den Anspruch auf Entschädigung sollen durchgängig prominent platziert werden. So stärken wir den Anspruch der Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen zur Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente Preisgestaltung für alle Gepäckvarianten ein.

Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

Vor Kostenfallen schützen

Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein. Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu kündigen, oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der Kündigung. Die Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur Kostenfalle. Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen leicht zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir sorgen so für

ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird die europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die Beweislast für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese nicht rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher*innen: Verträge sollen dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir setzen uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben Kund*innen so die Kontrolle über ihre Verträge zurück.